

# **Wahlprüfsteine der Jungen Philologen (JuPhi) im Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) für die Landtagswahl 2021 – Langfassung**



- Der Philologenverband fordert, dass das derzeit 18-monatige Referendariat wieder auf 24 Monate verlängert werden soll. Wie ist Ihre Position zur Dauer des Referendariats?

*Die SPD sieht gute Gründe für die Verlängerung des Referendariats auf 24 Monate. Zu viele junge Lehrkräfte klagen über eine hohe Arbeitsbelastung und Prüfungsdichte. Vor diesem Hintergrund könnte eine Entzerrung hilfreich sein. Gleichwohl ist es in Zeiten des Lehrkräftemangels in bestimmten Fächern auch wünschenswert die Lehramtsausbildung nicht zusätzlich zu strecken.*

- Referendarinnen und Referendare sind oft ein Spielball zwischen Schulen und Seminar. Dabei leidet im schlimmsten Fall die Qualität der Ausbildung. Eine unabhängige Stelle, der Betroffene Missstände melden könnten, würde hier Entlastung bringen und die hohe Qualität der Ausbildung sichern. Wie stehen Sie zu dieser Idee?

*Die SPD ist offen für die Idee, eine unabhängige Stelle einzurichten, an die sich Referendarinnen und Referendare wenden können. Insbesondere um die Zufriedenheit der jungen Lehrkräfte sicherzustellen und Abbrüche zu vermeiden, ist ein umfassendes Unterstützungsangebot wichtig. Mit der Frage, wie eine solche unabhängige Stelle aussehen könnte und wo diese angegliedert sein müsste, hat sich die Landtagsfraktion bislang nicht dezidiert befasst, ist aber offen für Gespräche.*

- Insbesondere bei den jungen Lehrkräften und Berufseinsteigern ist die Wochenarbeitsbelastung enorm hoch. Die Jungen Philologen fordern ein Stufenmodell für Berufseinsteiger mit vollem Gehalt. Dabei sollen die Stunden stufenweise von 20 Stunden im ersten Berufsjahr bis hin zu 23 Stunden jährlich um eine Stunde angehoben werden. Welche Haltung nehmen Sie zu dieser Forderung ein?

*Die SPD hat zu diesem Vorschlag bislang keine Position entwickelt. Eine Umsetzung dieser Forderung könnte sich aus Sicht der Landtagsfraktion jedoch nicht nur auf junge Gymnasiallehrkräfte beschränken, sondern müsste für alle BerufseinsteigerInnen gelten. Angesichts der derzeit völlig unzureichenden Unterrichtsversorgung scheint die Realisierung dieser Forderung daher aktuell nicht möglich und müsste zu einem späteren Zeitpunkt nochmals diskutiert werden.*

- Mit den sozialen Medien ist ein neues Problem entstanden. Oftmals werden diese als rechtsfreier Raum wahrgenommen und als Plattform für Mobbing oder die Verbreitung von Lügen und Verschwörungstheorien genutzt. Die Lehrerinnen und Lehrer sind dadurch teilweise verunsichert. Wie wollen Sie ihnen hier den Rücken stärken und auch der allgemeinen Verunsicherung bezüglich der Rechtslage entgegenwirken?

*Die Nutzung sozialer Medien nimmt einen wichtigen Teil im Leben von Jugendlichen ein. Daraus resultieren auch für die Schulen und Lehrkräfte Fragen nach einem kritischen Umgang mit sozialen Medien. Neben bereits existierenden Anlaufstellen wie dem Landesmedienzentrum kann die allgemein gehaltene Frage und gegebene Unsicherheiten der Lehrkräfte im Umgang mit sozialen Medien als Anlass genommen werden, die diesbezüglichen Angebote des Kultusministeriums, der Regierungspräsidien, der Schulämtern, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie dem Landesmedienzentrum und der Einrichtungen der Lehrerfortbildung genauer zu betrachten und mit den Bedarfen der Lehrkräfte abzugleichen.*

*Grundsätzlich hält es die SPD für sinnvoll, die Kollegien an den Schulen zu multiprofessionellen Teams weiterzuentwickeln. Die Schulleitungen sollen dafür ein Budget erhalten und sich dem individuellen Bedarf der Schule entsprechend Fachkräfte suchen können. Im Zuge dessen könnte*

**Wahlprüfsteine der Jungen Philologen (JuPhi) im  
Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) für  
die Landtagswahl 2021 – Langfassung**



*eine Schule zum Beispiel ihre Kompetenz im Bereich digitale Bildung stärken. Mit Blick auf  
Mobbing – online oder offline – ist eine Verstärkung der Schulsozialarbeit hilfreich.*